

**ENGERE  
ZUSAMMEN-  
ARBEIT  
VVB NAGEMA  
UND  
INSTITUT  
POLITISCHE  
OKONOMIE**

Dipl.-Ing. oec. Fritz Heinrich:

(SZ) Dieser Tage wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit besonders auf dem Gebiet der Forschung zwischen dem Institut für Politische Ökonomie der TU Dresden und der VVB Nagema durch den Institutsdirektor, Prof. Dr. A. Bördag, und den Generaldirektor, Genossen Halbauer, unterzeichnet (unser Bild rechts). Institut und VVB werden gemeinsam an der Lösung theoretischer und praktischer Probleme, die sich aus der Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ergeben, arbeiten. Neu ist bei dieser konkreten Form der Zusammenarbeit zwischen einer VVB und einem wissenschaftlichen Institut, daß die zu bearbeitenden Forschungsthemen für die einzelnen Mitarbeiter gleichzeitig als Dissertations- bzw. Habilitationsschriften gelten werden. Damit wird das bisherige Nebeneinander zwischen Forschungsbericht und Dissertationsschrift beseitigt, was dazu führen wird, in kürzester Zeit als bisher für die Praxis verwendbare Forschungsergebnisse als Ergebnis konzentrierter wissenschaftlicher Arbeit zu liefern. Der theoretische Gehalt der Forschungsberichte, die hier gleichzeitig als Dissertations- bzw. Habilitationsschriften anerkannt werden sollen, wird wesentlich höher sein als bei der bisherigen Form der Forschung, da die Bearbeiter sämtliche gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse mit

in dieser Schrift verwerten werden. Früher mußte eine gesonderte Dissertationschrift angefertigt werden, die ebenfalls neue wissenschaftliche Erkenntnisse enthalten mußte. So waren die Bearbeiter natürlich nicht daran interessiert, sämtliche bei der Forschung gewonnenen Erkenntnisse im Forschungsbericht bekanntzugeben. Durch diese neue Form der Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Politische Ökonomie und der VVB Nagema wird eine wesentliche Förderung des Zentralkomitees der SED an die Ökonomen der DDR erfüllt, nämlich in kürzester Zeit praktische Forschungsergebnisse bei der Weiterentwicklung und Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu gewinnen.

Prof. Dr. A. Bördag betonte bei der Unterzeichnung des Vertrages, daß jeder Mitarbeiter seines Instituts einen namentlich benannten Fachberater in der VVB Nagema hat, was für die praxisnahe und schnelle Lösung der Aufgaben von wesentlicher Bedeutung ist. Generaldirektor Genosse Halbauer wertete seinerseits diese konkrete Form der gemeinsamen Zusammenarbeit als Ausdruck dafür, daß die Wissenschaft tatsächlich zur unmittelbaren Produktivkraft wird. Generaldirektor und Institutsdirektor werden einmal im Quartal den Stand der Arbeiten persönlich einschätzen.



Universitätsnachrichten

**Internationales Interesse für unser Bildungswesen - Jugoslawische Regierungsdelegation an der TU**

(UZ) Am 6. Juni 1964 weilte eine Regierungsdelegation aus der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien an unserer Universität. Die Delegation, die unter der Leitung des Stellvertreters des Ministers für das Bildungswesen, Herrn Jenmovic, stand, interessierte sich besonders für die Bildung technischer Lehrer.

Nach einem Empfang durch den 1. Stellvertreter des Rektors, Herrn Prof. Dr. rer. pol. Bördag, führte die Delegation ein über drei Stunden währendes Gespräch an der Fakultät für Berufspädagogik und Kulturwissenschaften.

Wie auch die ungarische Regierungsdelegation im April des Jahres, zeigten auch die jugoslawischen Freunde in der Aussprache starkes Interesse an allen Fragen und Lösungsvorschlägen, die der schnellen Klärung aktueller Bildungs- und Erziehungsprobleme dienen.

Die neuen Formen und der Inhalt der Ausbildung von Lehrkräften für den mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Unterricht standen im Mittelpunkt der freundschaftlichen Unterhaltung.

Zum anderen stellt, als weiterer Rahmen, das gesamte Bildungswesen unserer Republik immer wieder interessante Anknüpfungspunkte für das Gespräch her. So betonte unter anderem das Mitglied der Regierungsdelegation, der Dekan der Industriepädagogischen Hochschule in Rijeka, Herr Prof. Dr. Fetančić, daß die Neugestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems in der DDR mit außergewöhnlichem Interesse in Jugoslawien verfolgt wird, weil der Entwurf dafür bereits jetzt erkennen läßt, daß Hauptprobleme einer modernen Ausbildung gründlich und planmäßige Lösungen zuzuführen versucht werden, so zum Beispiel die Verbindung der Schule mit dem Leben, des Unterrichts mit der Produktion.

In bezug auf die Ausbildung technischer Lehrer können zahlreiche Parallelen zur Problematik und zum Ausbildungsgang zwischen der Industriepädagogischen Hochschule in Rijeka und den an der Lehrerbildung an der Technischen Universität Dresden beteiligten Institutionen gezogen werden. So bietet sich hier die Möglichkeit einer fruchtbringenden Zusammenarbeit, für die die jugoslawischen Gäste bereits sehr klar umrisste Vorstellungen hatten, die von der Seite der Fakultät für Berufspädagogik und Kulturwissenschaften erwidert wurden.

**Abkommen DDR-UdSSR über Chemieanlagenbau**

Zur schnellen Entwicklung der chemischen und petrochemischen Industrie in beiden Ländern wurde auf der Grundlage brüderlicher, enger wirtschaftlicher und technisch-wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der DDR ein Abkommen über gegenseitige Lieferungen kompletter chemischer Betriebe und erdölverarbeitender Anlagen abgeschlossen. Das Abkommen sieht die Lieferung von weit über 100 kompletter Anlagen vor, die auf der Grundlage modernster chemisch-technologischer Verfahren und in enger Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Projektierung errichtet werden.

Im Auftrage der Regierung der UdSSR unterzeichnete das Abkommen der stellvertretende Außenhandelsminister I. F. Semitschastnow und im Auftrage der Regierung der DDR das Mitglied des Ministerrats Erich Pasold, Vorsitzender des Komitees für Chemieanlagenbau.

**Experimentierchassis erfolgreich**

(UZ) Wie wir erfahren, begegnet das Mehrzweck-Experimentierchassis und Gehäuse, entwickelt von den Diplomingenieuren Schnabel und Ifarrth (Institut für elektrischen und mechanischen Feingerätebau), im In- und Ausland hohem Interesse. Zahlreiche Universitäts- und Hochschulleitungen aus der DDR sprechen sich für eine Einführung der Geräte aus, die große Vorteile bei ihrer Anwendung für Lehr- und Forschungszwecke bieten. Neben der reinen Zeiteinsparung beim Aufbau von Geräten ergeben sich erhebliche Verminderungen des Materialbedarfs und der Materialkosten. Rechnet man je Bauelement nur eine Einsparung an Materialkosten und Arbeitsaufwand von 25 DM (was sehr niedrig geschätzt ist, weil der Baueinsatz immer wieder verwendet werden kann), so ergibt sich bei einer jährlichen Produktion von 3 000 Einheiten eine Einsparung von 75 000 DM im Jahr.

Diese Entwicklung stellt somit nicht nur ein für die wissenschaftlich-technische Arbeit, sondern auch für die Volkswirtschaft vorteilhaftes Ergebnis dar.

**Japanischer Wissenschaftler an TU**

(UZ) Anfang Mai weilte ein japanischer Wissenschaftler, Herr Dr. Fujishima von der Universität Nagoya, in Dresden. Er hielt am Institut für anorganische Chemie der TU einen Vortrag. Angehörige der Institute für Organische Chemie machten den japanischen Gast mit Sehenswürdigkeiten der TU, der Stadt Dresden und ihrer Umgebung vertraut. Bei dieser Gelegenheit ergab sich trotz gewisser sprachlicher Schwierigkeiten auch die Gelegenheit, den wissenschaftlichen Meinungsaustausch fortzusetzen und zu vertiefen.

Dr. Fujishima schätzte den wissenschaftlichen Stand auf seinem Fachgebiet bei uns in der DDR im allgemeinen sehr hoch ein. Auf Spezialgebieten sei andererseits ein Rückstand unverkennbar. Er brachte zum Ausdruck, daß ein enger wissenschaftlicher Meinungsaustausch zwischen den Universitäten Japans und der DDR zu beiderseitigem Nutzen entwickelt werden sollte. Die Möglichkeiten dafür beurteilte er sehr optimistisch. Seitens japanischer Wissenschaftler bestehe dazu große Bereitschaft. Dieser Standpunkt wird augenfällig dadurch demonstriert, daß er selbst zur Realisierung seiner Studienreise in die DDR persönliche Ersparnisse von fünf Jahren, die einem Jahresinkommen entsprechen, aufwandte.

Herr Dr. Fujishima brachte seine tiefste Dankbarkeit für die außerordentlich freundliche Aufnahme in der DDR und auch an der TU Dresden zum Ausdruck.

Genosse Dipl.-Ing. Knauer, stellv. Sekretär der UPL:

**INDUSTRIEVERBINDUNGEN HOHERER STUFE!**

Der Abschluß von Verträgen mit VVBs der Industriezweige und der TU ist von weitgehender Bedeutung für alle ihre Angehörigen.

Anfang Juli 1964 wird eine Arbeitsberatung zwischen Genossen Minister Markowitsch, Generaldirektoren verschiedener VVBs und Vertretern der TU betreffs Festlegung von Maßnahmen für die künftige Zusammenarbeit stattfinden.

Die wichtigste Aufgabe unserer Universität besteht in der Ausbildung von wissenschaftlichen Fachkräften. Eine auf höchstem Niveau stehende Lehre erfordert Forschung und Industrieverbindungen. Wir müssen uns dabei auf die Lösung von Grundproblemen und Aufgaben langfristigen Charakters konzentrieren. Während bei der Hochschulforschung dies bereits weitgehend geschieht, trifft es auf die anderen Formen der Industrieverbindungen noch nicht zu.

Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und die Diskussion der „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen Bildungssystems“ sind für uns Anlaß, die bisherigen Methoden zu überprüfen.

Die Beratung mit Vertretern der Industrie wird die bisherigen Ergebnisse und Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zusammenfassen und neue Möglichkeiten eröffnen. Bei Aussprachen zur Vorbereitung dieser Beratung haben sich namhafte Wissenschaftler unserer Universität für den Abschluß von Verträgen mit VVBs ausgesprochen. Es gibt natürlich auch Zweifel und offene Probleme. So wird gefragt, weshalb auf solch hoher Ebene eine Zusammenarbeit erforderlich ist, ob unsere Kontakte mit der Industrie nicht ausreichen würden und ob wir überhaupt noch mehr leisten können.

Gerade weil einige VVBs, wie z. B. die VVBs Werkzeugmaschinen und Landmaschinen und Traktorenbau sich sehr abwartend verhalten, sind wir sehr froh darüber, daß der Volkswirtschaftsrat helfend eingreift wird. Beschäftigten wir uns mit der letzten Frage. In vielen Stellungnahmen unserer Partei, nicht zuletzt anlässlich der Delegiertenkonferenz, wurden die hervorragenden Leistungen der TU für die sozialistische Industrie gewürdigt. Rasch entwickelte sich das Komplexpraktikum und wuchs der Prozentsatz und ökonomische Nutzen von für Betriebe angefertigte Diplomarbeiten. Es erhöhten sich die von der Praxis angewandten Forschungsergebnisse, wie es z. B. die Produktion der vom Institut für die Anwendung radioaktiver Isotope entwickelten Lumimeter 1 im VEB Hochvakuum oder die vom Institut für Elektrochemie und physikalische Chemie entwickelten Brennstoffelemente im VEB Berliner Akkumulatorenfabrik zeigt.

Die Mehrzahl aller Institute sind im ausreichenden Umfang bei der Vertrags- und Hochschulforschung, der Anfertigung von studentischen Arbeiten, von Gutachten sowie der Beratungstätigkeit wirksam.

Es gibt bereits Institute, wo zugunsten der Praxisverbindung die Lehraufgaben vernachlässigt werden, d. h. die Überarbeitung der Vorlesungen und Übungen nicht im erforderlichen Maße geschieht und der planmäßige Abschluß der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses gefährdet ist. Trotzdem können nicht alle von Betrieben an die TU herangetragenen Aufgaben erfüllt werden.

Es geht also nicht um höhere Zahlen bei der Anfertigung von praxisverbundenen Arbeiten. Wir müssen nach Kriterien suchen, die ausschließen, daß die wissenschaftliche Kapazität der TU nicht für irgendwelche Aufgaben aus der Praxis, sondern für Schwerpunktaufgaben wirksam wird. Dazu muß die bisherige Auswahl der Themen und ihre Verwirklichung genauer untersucht werden.

In der Vergangenheit geschah die Festlegung in der Regel unmittelbar zwischen Betrieb und Institut ohne Einschaltung der VVBs. Die TU ist durch einen Freundschaftsvertrag u. a. mit dem VEB Sachsenwerk Niederschütz verbunden. Vom Sachsenwerk wurden uns jährlich etwa 50 Themen zur Bearbeitung vorgeschlagen, davon wurden etwa 40 angenommen und abgeschlos-

Von Freundschaftsverträgen zu Verträgen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit VVBs

sen. Von der zahlenmäßig guten Entwicklung hier eine erfreuliche Bilanz. Das Sachsenwerk schätzte den Wert der Mehrzahl dieser Arbeiten als „ideellen Nutzen in Form von Anregungen“ ein.

Dies kann jedoch keinesfalls zufriedenstellen, denn neben dem Wert für die Ausbildung unserer Studenten hätte dieser Bearbeitungszeitraum, für Schwerpunktaufgaben in anderen Betrieben angewandt, der Volkswirtschaft einen bedeutend höheren Nutzen bringen können. Die Ursachen liegen u. a. darin begründet, daß die Abteilungen durch die Form der vertraglichen Festlegung eine bestimmte Sollzahl an Themen zu nennen hatten und oft Randprobleme vorgeschlagen wurden. Folglich wurden viele Arbeiten gar nicht mehr ausgewertet. Gleichzeitig mußten Themen anderer Werke unbearbeitet zurückgegeben werden.

Ein anderes Beispiel:

Für den VEB Erntebergungsmaschinen Neustadt werden im Moment ebenfalls etwa 40 Themen bearbeitet. Von seiten des Werkes wurde dabei eine größere Anzahl vorgeschlagen, und es fehlte uns an Kriterien bei der Auswahl. Unter den zurückgestellten Themen befand sich z. B. die Aufgabe Heubrikettierung. Vom Werk konnte lediglich mitgeteilt werden, daß in anderen Ländern Untersuchungen auf diesem Gebiet durchgeführt werden und für die künftige Produktion des Werkes dieses Thema von Bedeutung sein kann. Die VVB Landmaschinen und Traktorenbau mußte uns mitteilen, ob in den nächsten Jahren eine solche Entwicklung bei uns in der Republik geplant ist, damit wir echte perspektivische Probleme bearbeiten.

Bekannt ist die ungenügende Untersuchung des Berufspraktikums in einzelnen Betrieben und der Ausfall mehrerer Komplexpraktika im vergangenen Jahr im Bereich der VVB Automobilbau. Auch hier zeigte die Untersuchung, daß in den meisten Fällen die Themen nur mit den Betrieben, nicht mit den übergeordneten Wirtschaftsorganen abgesprochen waren.

Im neuen ökonomischen System kommt den VVBs die überragende Rolle bei der Ausarbeitung der perspektivischen Probleme und der Organisation von Forschung und Entwicklung zu. Deshalb haben einige Institute der TU bereits Verträge mit VVBs abgeschlossen. An dieser Stelle müssen die langjährige Zusammenarbeit und der Vertrag des

Instituts für Verfahrenstechnik mit der VVB Kali genannt werden. Die Erfahrungen besagen, daß dabei die Themenfindung und die Verwirklichung der wissenschaftlichen Ergebnisse gelöst und den spezifischen Besonderheiten der TU als Ausbildungsstätte besser Rechnung getragen wird.

Die Themen werden vom Betrieb unter dem Gesichtspunkt einer langen Bearbeitungsdauer ausgewählt, in der VVB koordiniert und der TU rechtzeitig benannt. Die verschiedenen Möglichkeiten werden sinnvoll verknüpft, so daß Komplexpraktika durch Große Belege vorbereitet und Diplomarbeiten ausgewertet wurden. Die Einschaltung der VVB erweitert sich als richtig.

Wir dürfen also feststellen, daß die wissenschaftliche Kapazität der TU entsprechend unserer jetzigen Bedürfnisse besser genutzt und auf die Bearbeitung von Schwerpunktaufgaben konzentriert werden kann und muß. Verträge mit einigen Großbetrieben sind hierfür keine ausreichende Gewähr.

Bei der Auswahl der Themen sind die jetzigen Methoden zu ergänzen und die übergeordneten Wirtschaftsorgane einzuschalten.

Die Vertragsabschlüsse mit den VVBs der führenden Industriezweige sollen nicht zu einer Reduzierung, sondern zu wertvolleren Betriebsverbindungen führen. Die Verträge umfassen jedoch noch mehr. Die bisher erläuterten Probleme würden für einen Teil unserer Institute nur den bestehenden Zustand vertraglich fixieren, obwohl auch dies bei seiner umfassenden Verwirklichung ein großer Gewinn wäre. Die Probleme bei der Verwirklichung des Ingenieurpraktikums, beim Einsatz und der Weiterbildung unserer Absolventen und des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie der besseren Gemeinschaftsarbeit zwischen den Hochschulinstituten fordern jedoch mit Nachdruck neue Lösungswege.

Als die Fachrichtung Fördertechnik im vergangenen Jahr mit der schrittweisen Einführung des Ingenieurpraktikums begann, wurden die Einsatzbetriebe, die Aufgaben, die materiellen und finanziellen Fragen mit der VVB Bergbaumaschinen- und Fördertechnik vereinbart. Das wirkte sich nicht nur bei der erfolgreichen Durchführung, sondern jetzt bei der Erweiterung der Studentenzahl und Betriebe besonders günstig aus. Gleiche Erfahrungen wurden in den Fachrichtungen Landmaschi-

nentechnik, Angewandte Mechanik und Fernmeldetechnik gesammelt. Die Auswahl der Einsatzbetriebe muß nicht nur wegen der fachlichen Betreuung, sondern auch wegen der folgenden Spezialausbildung an der Universität, sowie im Hinblick auf die Tätigkeit nach Studienabschluss mit großer Sorgfalt geschehen. Noch nicht alle VVBs erkennen ihre Verantwortung dafür. Deshalb begrüßen wir die Feststellung:

„Die Zusammenarbeit zwischen der TU und den Wirtschaftsorganen, den VVBs und Betrieben ist so zu gestalten, daß die Leiter der Wirtschaft künftig gemeinsam mit den Wissenschaftlern die Verantwortung für die Gestaltung und den Inhalt der Lehre und Forschung ... tragen.“ (Aus den Grundsätzen für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems.)

Die enge Zusammenarbeit zwischen Instituten an der TU war bisher nur gering ausgeprägt, obwohl die wachsende Differenzierung und Kooperation der Leistungen eine solche Zusammenarbeit mit der VVB RGO zusammen. Andererseits wurden nach dem Abschluß des Vertrages mit der VVB Kali bereits einige Institute in die Lösung von Schwerpunktaufgaben des Industriezweiges durch das Institut für Verfahrenstechnik einbezogen und die Zusammenarbeit zwischen ihnen verstärkt.

Die Leitinststitute bringen zum Teil schon mit ihrem Namen (z. B. VVB WMW - Leitinstitut Werkzeugmaschinen) die unmittelbare Verbindung mit dem Industriezweig zum Ausdruck und haben die Aufgabe, die Verbindung der VVBs, ihrer Forschungsstätten und Werke zu anderen Instituten der TU zu fördern und zu koordinieren.

Wie der Abschluß des Vertrages mit der VVB Lacke und Farben beweist, können dann auch Institute der TU durch die VVBs personell und materiell besonders gefördert werden.

Die angeführten Beispiele beweisen die Richtigkeit einer vertraglich festgelegten Zusammenarbeit mit den VVBs der führenden Industriezweige. Sie ist Bedingung für die weitere Profilierung und Planung der nächsten Jahre an der TU.

Der Abschluß von Verträgen mit VVBs wird einen wichtigen Beitrag bei der Vorbereitung des 15. Jahrestages unserer Republik an der TU darstellen und eine neue Etappe in der Zusammenarbeit mit der Industrie auf Grund des neuen ökonomischen Systems und der Weiterentwicklung der Wissenschaft und Technik einleiten.

„Universitätszeitung“ Seite 2

Grafik: Criebl

**Die neue Rolle der VVB im ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft**

